

# Neues-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neues-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Abonnementspreis beträgt 2.00 Reichsmark, das halbjährliche 10.00 Reichsmark, das vierteljährliche 5.00 Reichsmark, das monatliche 1.00 Reichsmark, das 2.10 Reichsmark, 2.35 Pfennige Zustellgebühr. 4-6 Uhr des Tages. Abnahme: Jede Uhr vorwärts. Die Ausgaben werden nach Abrechnung bezahlt, die Seite 0.25 Reichsmark.

Die Tagespreise, die im gleichen Monat in der „Halle'schen Zeitung“ erschienen, sind: 1. Jahrgang: 12.00 Reichsmark, 2. Jahrgang: 24.00 Reichsmark, 3. Jahrgang: 36.00 Reichsmark, 4. Jahrgang: 48.00 Reichsmark, 5. Jahrgang: 60.00 Reichsmark, 6. Jahrgang: 72.00 Reichsmark, 7. Jahrgang: 84.00 Reichsmark, 8. Jahrgang: 96.00 Reichsmark, 9. Jahrgang: 108.00 Reichsmark, 10. Jahrgang: 120.00 Reichsmark.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichsminister Dr. D. Dr. Luther hat am Sonntag um 3 Uhr nachmittags Berlin im Flugzeug verlassen, um sich an seinen früheren Wirkungskreis als Oberbürgermeister nach Essen zu begeben. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Tempelhofer Flughafen Reichsminister Dr. Brügel, sowie die Reichsminister Dr. Kütz und Dr. Reinhold eingefunden.

Der ehemalige Reichsminister Dr. Wirth ist gestern, nach dreiwöchigem Aufenthalt in Moskau, wieder abgereist.

Der Reichstag nahm am Sonnabend eine Novelle zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflichtigen, die einen Lastenausgleich zwischen den einzelnen Krankenfallen bei den Kosten der Wohnhilfe erstreckt. Bei Zustimmung über den kommunizierten Antrag Wiederannahme des Verfahrens gegen Urteile des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, bei denen der Landgerichtsdirektor Jürgens mitgewirkt hat, stellte sich wieder einmal Befürwortungsstärke des Hauses infolge Unwesenheit der Mehrheit der Abgeordneten heraus.

Im Preussischen Landtag fand in allen drei Lesungen ein Antrag der Regierungsparteien Annahme, daß die Vorlage eines Gesetzes verlangt, durch das 120 Millionen als Zwischentitel für die Förderung des Wohnungsbau, und zwar insbesondere für erste Hypotheken, zur Verfügung gestellt werden. — Zum Fortschritt regte Landwirtschaftsminister Geiger ein Einflußverbot für polnische Holz an, falls mit Holz sich keine vertragliche Regelung erzielen läßt.

Laut Joeben veröffentlichten Berichten hatte die Reichsbahn im März ein Defizit von 20 Millionen Mark, er muß aus dem Ueberfluß des Vorjahres gedeckt werden. Im April hat sich die Lage nur wenig gebessert.

Die Genfer Studienkommission für die Frage der Ratskette im Völkerbund hat sich in ihrer Sonntagsberatung für die Erhöhung der nicht-ständigen Ratskette von 6 auf 9 ausgesprochen. Der deutsche Vertreter, Vizepräsident v. Hoepf (Paris), gab dazu eine entschieden gewundene und rückgratlose Erklärung ab, die ein neues Kadegeben der deutschen Regierung befürchten läßt.

In Jugoslawien ist es anlässlich schlimmer Korruptionsaffären unter der früheren Regierung Kraljich zu einem Sturz der Regierung des Reichsfinanzministers Umanitsch gekommen durch einen Vorstoß der Linksradianten Radikalen. Umanitsch wurde trotzdem vom König erneut mit Regierungsbildung beauftragt.

Nach Meldungen aus Tirana (Albanien) sind Banden mit Motorbooten von der italienischen Küste, insbesondere aus Brindisi, auf bemannete und ausgerüstet, nach Albanien gekommen und über Tirana ins Gebirge vorgedrungen, wo mit albanischen Regierungstruppen bereits mehrfach Zusammenstöße stattgefunden haben. — Italien steht schon längere Zeit im Verhaß, Eroberungsabsichten auf Albanien zu haben.

Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter beschloß neue Lohnforderungen auf der Grundlage eines Stundenlohnes von 3 Fr., erfolgte keine Einigung bis 25. Mai, so sei sofort der Generalstreik ins Auge zu fassen. (3 Fr. = 40 Pf.)

Die Spanier und Franzosen melden weitere Erfolge ihrer Offensiv in Marokko, insbesondere die Niederwerfung einer Anzahl kleinerer Kämpfe.

Nach einer Haabensammlung aus San Remo (Italien) ist der letzte Sultan der Türkei Mehmed VI. vergangene Nacht an Herzschlag verstorben.

In der Akademie für Politik und Sozialwissenschaft in Philadelphia (Ver. Staat.) traten eine Reihe von Rednern für Anerkennung Russlands durch Amerika ein, insbesondere unter Hinweis auf die steigende Handelsbedeutung Russlands. — Man gönnt uns Deutschen das Geschick mit Russland nicht, so mag er vorläufig ausstehen.

Einer V. u. u. auf Befehl von Joffe ist das neue stinische Kabinett zur Hälfte aus Angehörigen Kappeler, zur anderen Hälfte aus Angehörigen Tschingelins zusammengestellt. Die Kämpfe um Stützpunkt gekommen.

## Dr. Marx bildet die Regierung.

### Die alten Minister bleiben. / Dr. Bell Justizminister.

Zwischen Vertretern der Reichstagsfraktion des Zentrums und der Deutschen Volkspartei fand Sonntag nachmittag eine Besprechung statt, die nächstehendes Ergebnis hatte:

1. Die bestehende Regierungskrisis muß unverzüglich gelöst werden. Deshalb sind beide Parteien bereit, in ein Minderheitskabinett einzutreten.
2. Es besteht Uebereinstimmung, daß die außen- und innenpolitische Lage mit möglicher Befestigung die Schaffung einer Regierung erfordert, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt.
3. Für die Minderheitsbildung können nur Parteien in Frage kommen, die die Rechtsgültigkeit der bestehenden internationalen Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik Gewähr bieten.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß in ihrer Sitzung am Sonntagabend, den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marx zu bitten, das Reichspräsidentenamt zu übernehmen. Der Reichspräsident hat im Hinblick auf seine Ehrenbürgerstellung mit dem bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marx diesen zum Reichsminister ernannt, die übrigen bisherigen Minister wieder mit ihren Ämtern betraut und den Zentrumsabgeordneten Dr. Bell an Stelle von Marx zum Reichsjustizminister ernannt.

Nur Berufung des Reichsministers a. D. Marx zur Regierungsbildung hatte das Zentrum an eine Regierungsbildung durch den Kölner Ober-

bürgermeister Wbenauer gebracht. Dieser vertrat den Standpunkt, daß angeht die Schwierigkeiten außen- und innenpolitischen Verhältnisse ein ersperrliches Regieren nur auf Grund einer festen Mehrheit im Reichstag möglich sei. Er verwarf deshalb Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und der Volkspartei zur Bildung eines Kabinetts der Großen Koalition. Die Volkspartei erklärte jedoch, daß sie weder für jetzt noch nach Erledigung der schwebenden Streitpunkte für ablehnbare Zeit zur Herbeiführung der Großen Koalition mit den Sozialdemokraten geneigt ist. Wbenauer verzichtete darauf auf weitere Bemühungen.

Die bisherigen Männer und bisherigen Parteien regieren weiter mit dem einzigen Unterschied, daß mit Dr. Luther der einzige überparteiliche und ein zweifelslos tüchtiger, fluger und energischer Kopf aus der Regierung ausscheidet. Das deutsche Volk, um das es dabei ja wohl schließlich geht, hat mit dieser Neuregelung wahrhaftig nicht gewonnen. Aber die Kurparlamentarier werden zutiefst sein, daß aus der letzte Minister ausgetrieben ist und sie nun ganz unter sich sind. Sie werden schon ihr möglichstes tun, daß nur ja keine neuen Männer den allgewohnten und nun in 14 Jahren (seit 1918) erprobten Kreis lören. Ob aber auch das mit solchem Parlamentarismus und lauten anderen damit zusammenhängenden Köten geeignete Volk einstimmen wird in den Siegersturz der Parlamentarier: „Es ist ein Laß zu leben!“

## Regierungsbildung in Polen.

Nach einem Prager Bericht aus Warschau herrscht in ganz Polen völlige Ruhe. Die Wehrkräfte der Arbeiter für den Arbeit zurückgetrieben. Der Eisenbahnbetrieb wird heute in vollem Umfang wieder aufgenommen werden. Die Leihpolverbindungen zwischen Warschau und dem Ausland ist noch nicht wieder hergestellt. Die Lage kann als liquidiert angesehen werden. Das Militär ist in seine Garnisonen zurückgeführt. Aus Polen wird gemeldet, daß dort gestern schiffliche Demonstrationen veranstaltet wurden.

Es befürchtet sich die Meldung, daß die polnischen sozialistischen Parteien keine Bereitschaft zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Kommunisten zeigen, und daß die Bildung einer Minderregierung oder einer Regierung, in die die Sozialisten und Kommunisten gemeinsam einziehen würden, ausgeschlossen ist.

### Pilsudski Heeresminister.

Der Genl.-Marshall Ratai hat in Vertretung des Präsidenten der Republik den Abg. Professor Bartel, der im neuen Kabinett als Eisenbahnminister übernimmt, zum Ministerpräsidenten ernannt. Im neuen Kabinett übernimmt das Innenministerium Marjaski Pilsudski. Mit der Leitung des Ministeriums des Innern wurde der ehemalige Gesandte in Rom August Jaleski betraut.

### Verlängerung der Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichstagsausschuß für Soziale Angelegenheiten beriet am Sonnabend unter dem Vorsitz des Abg. Effer (Ztr.) über „Erwerbslosenfürsorge“.

Ministerialrat Weigert erklärte, daß eine Verlängerung der gegenwärtigen Unterstützungsgröße nur mit der Einschränkung möglich sein werde, daß die Erwerbslosenunterstützung 75 Prozent des letzten Lohnes nicht überschreitet, was keineswegs eine allgemeine Herabsetzung der Sätze bedeute. — Ein Vertreter der preussischen Regierung unterließ die Darlegungen des Geheimrats Weigert.

In Preußen überprüften die Unterrichtungsbehörde die Vorschläge.

Damit werde die ganze Sozialpolitik diskreditiert. Mehrings habe sie gegen die Festlegung eines Satzes von 75 Prozent herabzusetzen.

In der Abstimmung wurde ein Antrag des Abg. Hoff (Soz.) angenommen, wonach die Reichsregierung erklärt wird, die Möglichkeit der bestehenden Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge in ihrem vollen Inhalt (siehe

oben) daß der Höchstbetrag von 100 Prozent des letzten Arbeitseinkommens herabgesetzt wird bis Ende Juni 1926 auszudehnen.

Bei dieser Abstimmung enthielten sich die Vertreter des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten und der Wälfischen der Stimme, die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen stimmten gegen den Antrag und nur die Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten stimmten dafür.

Die Stimmenthaltung bei dieser Abstimmung zeigen unentzweifelbar die parlamentarischen in keiner geringeren Zustimmlichkeit. Entweder sind diese Parteien der Ansicht, daß die jetzige Regelung und ihre Verlängerung notwendig und zweckmäßig, sowie tragbar ist, dann sollen sie dafür stimmen. Oder sie sind gegenteiliger Ansicht, dann sollen sie dagegen stimmen. Oder sie wissen nicht, was sie wollen, dann sollen sie sich geistig gründlicher mit dieser wichtigen Frage befassen. Aber gar nicht mitstimmen bedeutet in diesem Falle nichts anderes als eine charakterlose Demagogie, die unermüdet unter die Wälfenbeschuldigung, daß sie sogar der sozialistischen Regierung Preussens zu weit geht, und dabei wollen und sollen nach der Verfassung die Abgeordneten die Pflicht des Volkes sein!

## Wozu sind die Schulen da?

### Eine Erwiderung.

Von J. Hoffmann, Lehrer, Mitt in Kappeln.

Dem nachstehenden Aufsatz geben wir aus zwei Gründen mit ganz besonderer Freude Raum: 1. weil über die Zweckmäßigkeit der neuen Schulbildung in der weiten Volkstrennung erhellend berichtet werden, so daß möglichst weitestgehende Klarheit für unsere bedürftigen Mütter und damit für die Zukunft unseres ganzen Volkes zu bedeutungsvollen Fragen im allgemeinen Interesse liegt und 2. weil aus dem Aufsatz eine so wichtige Bemerkung und Bedeutung der Landeshochschule für unser Volk und zugleich eine so hohe Auffassung des Lehrberufes, so viel Freude und so viel tief deutsche Art spricht, daß wir die Veröffentlichung für ganz besonders wertvoll halten.

Im Interesse der Objektivität und in der Erwartung, daß die wichtige Frage noch anderweitig Behandlung erfährt, sehen wir auch bei dieser Erwiderung von einer eigenen Stellungnahme ab. Die Schriftleitung.

In einigen Artikeln der „N. Z.“ ist die Reform der Lehrerbildung in Preußen behandelt worden, und zwar in abnehmendem Sinne. Besonders abfällig äußert sich ein „pausierender“ Briefschreiber in Nr. 106 der „N. Z.“. Die Schriftleitung gibt zu, daß der Artikel nicht frei von oberflächlichen Einseitigkeiten ist. Es sei deshalb gestattet, hier einmal auf diese Einseitigkeiten kurz einzugehen.

Zunächst muß es Erklärungen erregen, daß wir der akademisch vorgebildeten Landlehrer zur Beweiseführung gegen akademische Vorbildung herangezogen wird. Der Artikel scheint also aus lässlichen Kreisen zu kommen. Denn man kann es sich nicht denken, daß lässliche Kreise gerade in der heutigen Zeit die Arbeit des Landlehrers so gering einschätzen, wie der „Deutsche Kreis in Genesien“. Aus dem Grunde, daß es hier eine unannehme Idee, den Durchschnitt des WBS und Einmaleins von gelehrten Herren beizubringen zu lassen“ spricht die Minderbewertung des Landes und der Landlehre, aber auch die ganze Unkenntnis der lässlichen Verhältnisse.

Dr. Schiele-Kaumberg hat mit Recht einmal betont, daß das Landvolk der hiesigen Teil des Volksganzen ist, der diesem Volksganzen seitlich Dauer und körperliches Gemut zu geben vermag. Wenn aber das Land diese Aufgabe erfüllen soll, dann muß die Landbildung eine ausgezeichnete Schulbildung sein.

Der Artikelverfasser fragt in der Ueberschrift: „Wozu sind die Schulen da?“ Doch wohl mit zugehen zur Erreichung des großen Zieles, Einheit im Innern, Freiheit nach außen für unser Volk zu schaffen. Ein Teilzeit für unser Landvolk ist Steigerung der Produktion. Dazu sind aber Kenntnisse notwendig, die weit über das ABC und das Einmaleins hinausgehen. Man frage einmal nach, wie intensiv sich die Landwirtschaftskammern und die Landorgansaktionen mit der besten Durchbildung der Landjugend in dieser Hinsicht befähigen. Notwendig ist aber auch, daß die Landjugend im Geiste des landlichen Volkstums erzogen wird.

Um diese Ziele zu erreichen, muß der Landlehrer genau das landliche Volkstum, Werden und Wesen desselben, ferner die Wirtschaftsverhältnisse, Wirtschaftsformen der Landwirtschaft selbst usw. kennen. Ein solcher Lehrer muß eine Allgemeinbildung haben, wie sie unsere höhere Schule vermittelt. Es sei nur die lokale Aufbaufähigkeit erinnert, die das deutsche Volkstum in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stellen.

Wenn der Artikelverfasser der Ansicht ist, daß die höheren Schulen „durch den ganzen als modernen Wust von Wissensstoff die natürlichen Früchte der Anschauung und des Empfindens verlieren lassen“, dann möge man doch an eine Reform dieses Schulwesens herangehen, um Abhilfe zu schaffen. Er spricht ferner davon, daß die Vorbildung von „den hiesigen Kreisen“ getrennt sein. Nun, dann müßten alle, die höhere Schulbildung bis zum Abitur genießen haben, von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden, denn für ein öffentliches Amt ist erforderlich, „der Sinn für das volkstümliche Schicksal und volkstümlich Notwendigkeit“. Ohne es zu wollen, spricht also hier der Einbilder ein vernichtendes Urteil über die höhere Schulbildung aus. Es ist immer in die Gänge aber nicht, wenn man die Sorge für fortwährende Weiterbildung und auch die von Dr. Boelch drückende Reform des höheren Schulwesens in Betracht zieht.

Nun aber zu den Akademien selbst. Es wäre jedem Gegner zu empfehlen, die von Geh. Rat van den Drieh bearbeitete Denkschrift des preussischen Kultusministeriums (unter Dr. Boelch) nach durchzulesen, vor allen Dingen aber genau der Arbeitssplan für die Akademien zu studieren, eine Abklärung von „unmodernen“ Wust von Wissensstoff“ ist bonafide. Und davon befragte man die fortwährende Auswahl der Dozenten. Wer hier eingehen prüfen will, der wird

haben, das ausschließlich bei den Akademien für Erziehung der natürlichen Kräfte der Anbahnung aus dem Gymnasium" gefordert ist.

Von den akademisch vorgebildeten Landlehrern wird verlangt, daß sie "unter dem einfachen Landvolk sich heimlich fühlen würden". Sie würden sich mit ihm leben wollen. Sie würden ihre Vereinnahmung, deren Zweck die Erziehung ist, unwillkürlich auf die Sandtöne der Erbsünde übertragen. Wirklich fehlt jeder Beweis dafür. Aber Gegenbeweise sind genug da. Es sei an den Landbesitzern erinnert. Trifft das Vorgelegte auf ihn zu? Die Geisteswissenschaften sind energisch zu protestieren, und mit Recht. Dasselbe gilt vom Landarzt und vom akademisch vorgebildeten Landwirt. Wenn alle Leute mit akademischer Bildung das Land verblühen wollten, dann wäre allerdings ein in großstädtischen Kreisen oft gemachter Zustand erreicht. Dann könnte man von der "minderwertigen, bummeln" Landbevölkerung noch später abriden und sich jenen im Glanze allseitiger Bildungspöbel.

Nein, da ist nach dem Kriege ein Wandel eingetreten. Der nicht nur lebendig, sondern begehrt und festliche Wert des Landbesitzes wird immer mehr erkannt. Nur ungeliebte, festliche Menschen fühlen sich auf dem Lande einmischen und werden verblühen. Menschen, die nur Zivilisation kennen, aber nicht wahr deutsche Kultur. Gerade deswegen auch steht die Hebung der deutschen Kultur im Mittelpunkt der Tätigkeit der pädagogischen Akademien.

Was endlich die Geldlosen betrifft, so sollen die Akademien dem Staat auch nicht einen Pfennig mehr als die bisherige Zerschreibung. Die Forderung ist eine Frage der Zukunft. Die Forderung wird sich ja immer in den Grenzen der Leistungsfähigkeit des Staates halten müssen. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich die Herren des "Deutschen Klubs in Spanien" gegen solches Projekt aus Parlamentarismusgründen gemeldet haben: Es soll ein Sparkasseninstitut in Berlin errichtet werden. Im Gelehrtenrat heißt es: "Für die Organisation sollen die bewährtesten Dirigenten und Vorkämpfer des In- und Auslandes gewonnen werden. Die Vorkämpfer des Institutes gliedern sich in vier große Abteilungen für Symphonieorchester, Kammermusik, Gefangenenarbeit und musiktheoretische Vorträge" — für die Berliner!!! Das Land braucht ja keine Bildung, da muß "gepart" werden.

Wir Landbesitzer haben als Vertreter der Landwirtschaft mit für die neue Erziehungsgesellschaft als Standesrepräsentanten, sondern als Verantwortungsgesellschaft gegenüber dem Lande und dem Landvolke. Wir müssen auch genau, daß man nach reifer Überlegung auf dem Lande nicht "einbeilig den Kopf schüttelt über dieses modernste Experiment der preussischen Staats- und Lehrweise".

### Grenzdeutsche in der Reichsanleihe.

In der Reichsanleihe fand Sonntag nachmittags zur Erinnerung an die Volkshausniederung in den Grenzgebieten ein Empfang von Vertretern landmannschaftlicher Verbände mit anschließendem Tee im Park statt. Vom Reichsfinanzministerium waren erschienen: der stellvertretende Reichsanleiher, Reichsminister Dr. Geßler, der Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann, Reichsfinanzminister Dr. Helfferich, Reichsminister Dr. Müller, ferner nahmen Vertreter der preussischen Regierung an dem Empfang teil. Der stellvertretende Reichsanleiher, Reichsminister Dr. Geßler begrüßte die Erschienenen im Namen der Reichsregierung und sprach ihnen herzlichsten Dank für die während und nach der Abwicklung in den Grenzgebieten geleistete außerordentliche Tätigkeit für die Erhaltung des deutschen Volkstums aus. Für die Landmannschaftlichen Verbände gab der Reichsanleiher die Versicherung, daß die deutschen Reichsgebiete der Vereinigten Verbände feimattester Oberlehrer, preussischer Landtagsabgeordneter, Fabrikdirektor Dr. Witt und für die Gesamtheit aller übrigen

Landmannschaftlichen, insbesondere der Innendenkmalen und der weltlichen, der Vorkämpfer des Volkstums, Präsident a. D. Dr. Kaufmann, den Sorgen und Hoffnungen der Grenzgebiete Ausdruck, die eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes seien.

## Das Reich und die Junkers-Werte.

Ein Versuch der Sozialisierung auf Kosten der — Arbeiter.

Von R. E. Moritz, Berlin.

Obne den Sachverhalt nachprüfen zu können und alle selbst Stellung zu nehmen, lassen wir uns für verpflichtet, den nachstehenden Ausführungen Raum zu geben. Denn die Öffentlichkeit bewegt sich nicht, wodurch sie in aller Bestürzung den Junkerswerten täglich in Schmeicheleien getroffen wird, daß ein in uns bringen- des Interesse an der Lösung des Problems die soziale Bedeutung der Junkerswerte außer Acht gelassen und der Zweckmäßigkeitsmäßig ge- wesen ist.

Die jetzt öffentlich gewordenen Auseinandersetzungen zwischen dem Reich und den Junkerswerten, Jüngling-L. G. Delfau, ist eingewickelt. Keinen Monat bekannt, inbreiten lagen politische Gründe vor, die den Streit in der Öffentlichkeit verboten. Von dieser Bindung haben die Reichsstellen auch heute noch die Junkers-Werte nicht entbunden. Daher erklärt sich die Unklarheit, hervorgerufen durch die sich widersprechenden Zeitungsmitteilungen. Nach einer eingehenden Rücksprache mit den maßgebenden Stellen in Berlin liegen die Dinge so: die Junkers-Werte haben seit ihrem langjährigen Bestehen keine finanziellen Schwierigkeiten gehabt; wenn sie heute gewisse Maßnahmen in finanzieller Hinsicht ergriffen, so trägt die Verantwortung das Reich selbst. So merkwürdig diese Erklärung klingt, sie ist unbestritten und wird in den amtlichen Dokumenten des Reiches nicht bestritten. Da Junkers erreicht bahnbrechend auf seinem Gebiete gemittelt hat, und der Name fast wie der des Grafen Speelin geworden ist, erscheint es schon geboten, die Öffentlichkeit zu unterrichten, nachdem zu lange geschwiegen worden ist. Zudem handelt es sich hier auch gar nicht um das Verhältnis zwischen dem Gläubiger und seinem Schuldner, sondern um den Gegensatz zwischen dem Reich und Wirtschaft, zwischen Bureaucratie und Genie, oder besser: zwischen Aktienkauf und Völkerei.

Im Jahre 1925 schloß die Junkers-Werte auf Anregung des Reiches im politischen Interesse eine ihre Leistungen übersteigende Lieferungsvertrag ab und taute, was jeder Fabrikant an ihrer Stelle auch getan haben würde, sie schloß mit den übernehmenden Reichsstellen eine Art Rückversicherungsvertrag ab. Während nach der so geschlossenen Vertrag ist die Werte mehr als erträglich belastet, kamen die Annehmer in Zahlungsschwierigkeiten, so daß man sich gezwungen sah, staatliche Unterstützung zu erbitten. Das Reich gewährte sie, sicherte sich aber die Aktienmajorität. Ob diese Zustände künstlich geschaffen worden sind oder nicht, wird erst in Zukunft beantwortet werden können, wenn die notwendigen Zusammenhänge erörtert werden können. Jedenfalls sind diese merkwürdigen Verhältnisse, die die Reichsstellen die Unterstützung nicht als Darlehen, sondern als Beteiligung an den Werken anjahen. Und bei dem Ansjewellen der Schuldsumme von 5 auf 18 Millionen Goldmark in sechs Monaten konnte man nur zu leicht an die "Sanierungen" denken, die man Sturz, Aufsturz, Barwert und Hypothekellen zum Vorkauf macht. Klarstellung ist unbedingt erforderlich. In der Geschäftsführung der Junkers-Werte wurde die altbewährte Leitung ausgetauscht und die staatliche Verwaltungsbureaucratie setzte sich an ihre

Der jugoslawische Außenminister Rintschitsch und der tschechoslowakische Außenminister Benesch, die ursprünglich persönlich an den Arbeiten des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenzen teilnehmen wollten, haben auf ihre Absicht verzichtet.

### Zusammenstöße in Berlin.

In Berlin veranfaßte am Sonntag die Vaterländischen Verbände eine große Demonstration gegen die Fälschungsteilung, die vom Reichspräsidenten genehmigt war, während die von den Kommunisten geplante gleichzeitige Demonstration verboten worden war, weil die Kommunisten ausdrücklich erklärten, keine Garantie für unblutigen Verlauf übernehmen zu können. Da man von vornherein mit kommunistischen Tätigkeiten rechnete, war jeder der zwölf großen Demonstrationen an der Spitze und am Ende von je einem Bannwagen mit Eispatronen begleitet, während Nationalisten und Kabajapatrouillen beide Seiten des Juges abhüllten.

Die Kommunisten hatten es von vornherein auf Störungen und insbesondere auf die zahlreichen hochgearbeiteten Frauen und auf die vielzahl misgünstigen alten Kriegsveteranen abgesehen (Gefahrenfahrern waren bemerkenswertere nicht im Auge). Im allgemeinen gelang es der Polizei, die Kommunisten auf das übliche Niveau und Gehalt zu beschränken, doch mußte sie mehrfach vom Gumminippel Gebrauch machen, besonders als die Kommunisten den Demonstrationszug bei der Auflösung zu durchbrechen suchten.

Nach Mitteilung des Reichspräsidenten betragte die Zahl der Zusammenkünfte immerhin in Berlin 40, die Zahl der festgenommenen Personen 174 und die Zahl der ins Polizeigefängnis, Abteilungen in eingeleiteten und in Schubhaft genommenen 1151.

Unter den Verhafteten sind drei Angehörige der aufgelösten Organisationen Widung und Olympia, die sich verbotswidrig in Uniform an den Unzulässigen beteiligten. Die übrigen Verhafteten sind Kommunisten.

### Kriegsbeschäftigtenfragen.

Der Reichsausschuss für Kriegsbeschäftigtenfragen verhandelt über den Entwurf eines weiteren Gesetzes zur Abänderung des Kriegsbeschäftigengesetzes.

Insbesondere wurden Änderungen behandelt, die den 28. des Kriegsbeschäftigengesetzes betreffen. Hier steht eine Auffassung des Reichsarbeitsministeriums eine grundsätzliche Entscheidung des 13. Senats des Reichsgerichts vom 2. Mai 1925 entgegen. Zu ihr ist der Grundbesitz der Einheitsleistung des Beschäftigten in dem Sinne ausgelegt, daß die Anerkennung des rechtzeitig angemeldeten Anspruchs auf Rente eine Grundlage für den "Verkaufanspruch im allgemeinen Rechte", was einmal ein Rentenanspruch erhoben habe, ohne Rücksicht auf irgendeine Frist bereits den Beamtenpflichten beanpruchen.

Die Auswirkung des vom Reichsgerichtsgericht aufgestellten Grundbesitz besteht darin, daß insbesondere in Zeiten schlechter Wirtschaftslage, zahlreiche Schwerbeschädigte den Beamtenpflichten beantragen werden und auch jetzt noch, viele Jahre nach ihrer Anerkennung als Schwerbeschädigte, auf Antrag erhalten. Durch die Überfülle neuer Beamtenpflichten wird den jetzigen Beamten von Versorgungsansprüchen keine Aussicht genommen, in absehbarer Zeit Beamter zu werden. Es werden also von diesen Auswirkungen gerade diejenigen Schwerbeschädigten empfindlich getroffen, für die von Anfang an die Unterbringung in der Stellung eines Beamten die einzig mögliche wirtschaftliche Versorgung war. Durch Änderungen der entsprechenden Paragraphen stellt der Ausschuss den Beamten von jeder zugrunde liegenden Gedanken der Selbständigkeit der einzelnen Versorgungsansprüche klar.

Stelle. Der Erfolg war, daß das einst blühende Wert von 5000 Arbeitern an 2000 Arbeiter sank und zu weiteren Entlassungen schreiten muß. Ursprünglich war ein Abbau bis zur Hälfte des Wertes geplant, ohne das Arbeitsvermögen als Ersatz gelassen werden sollte.

Die Rolle, die die Reichsbeschörden bei der Zerschmetterung dieser Werte gespielt haben, muß recht merkwürdig gewesen sein, denn sonst hätten ihre Vertreter keine Verantwortung gehabt, die Zulassung der Preisreduzierung auf Generalkonferenz am 7. Mai gegen den Einspruch des Reichs Junkers durch abzugeben, als diese die Öffentlichkeit nichts an das dort hinter verschlossenen Türen auf Kosten der Allgemeinheit bejeholten wurden. Daß diese Behörden auch den Junkers-Werten ein Schweigegebot auferlegt hatten, ist eingangs erwähnt. Dazu kommt, daß man den amtlichen Äußerungen über den Stand der Dinge mit einer großen Dosis Mißtrauen begegnete muß.

Was sich bisher unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgeheilt hat, ist ein erbitterter Kampf zwischen einer Reichsregierung und dem genauen Reich, ohne Rücksicht auf die einseitige Stellung, die Professor Junkers in der Erörterung der Luft einnimmt, ein Kampf ohne Berücksichtigung der Aufgaben, die von dem Jünglingsbau noch gelöst werden müssen.

Seit die wirtschaftlichen Folgen des Krieges die Geheimnisse zu Wirtschaftskombinatoren machten, und die politische Einstellung nach dem Kriege die Entwidlung der "Staatswirtschaft" begünstigte, ist die Wirtschaftsgesetzgebung herauf zu kommen, und dem Reich ist zu wirtschaften und sollens die Luft zu erobern!

So fider wie der Staatssozialismus nur Beamte und Arbeiter kennt, so bestimmt gehört zum Staatssozialismus die Korruption, und auch in unserem Falle verlaunten in eingeweihten Kreisen über die jadislichen Gründe und persönlichen Stimmungen, die zu der Kritik führten, sehr aufklärungsbedürftige Dinge.

Wie erstere Schärfe merkt sich die gesamte Kritik gegen die Unterführung der Junkers-Werte durch die Behörden, und über "Wortmärt" mit den Reden vor Büumen nicht sehen, denn es handelt sich um ein grundsätzliches Problem: Staat oder freie Wirtschaft! Er wittert Gefahr für das sozialistische Dogma: zentrale Leitung der Güterproduktion durch planmäßige Ueberleitung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Und schied der Staat in wenigen Monaten schriftlich, was private Initiativen hat aufzuheben lassen, fordert er für die "Sanierung" der Junkers-Werte: "Das Reich wird natürlich darauf zu achten haben, die Grundzüge der Wirtschaftlichkeit im Werte auch auf die Dauer nachdrücklich zur Geltung zu bringen."

Das heist mit anderen Worten: die Sozialisierung der Junkers-Werte muß bestehen bleiben, und damit keine Verluste entstehen, muß der Staat, was private Initiativen hat aufzuheben lassen, beibehalten, entlassen werden. Die Wirtschaftlichkeit und die Nation hat den Schaden, aber das sozialistische Parteibogma liegt.

"Nun, sprach Sie mit Ingeborg, junger Freund?"

"Nein. Sie träumt. Da soll man sie nicht hören."

"Der Alte laßt leise und steht mich freundlich an."

"Träumt?" ... Ja, ja ... Aber die Jungen sollte nicht träumen."

"Ich könnte und bestrafe gedanklos den weisen Alther, der sich zwischen grünen Büschen über die Burgmauern beugt."

"Der Alte in seiner Jugend nie geträumt und sich geliebt? Will er diese Sehnsucht nicht heilig machen?"

"So freue mich, daß ich Ingeborg träumen ließ, und gehe langsam den Burgweg hinab."

Maria.

"Ich möchte, daß die lauten Gespräche der Menschen verflümmen, wenn sie lauten. Ich möchte, sie noch und trägt doch schon ein großes Leid in ihrer Seele, die wie ein weißer Wall ist."

"So sein ist ihr Antlitz, io heilig ihre großen Augen, und ihre Stimme klingt wie leiser Orgeln im Dom."

Und wenn sie geht, so ist es, als wäre man stille und tiefe Gebete seiner Mönche, die in braunen Kutten vor Marienbildern knien. Und wenn es das seine Haupt nicht und grüßli, io gleißelt sie einer jungen Birge, deren Wipfel der Abendrot berührt."

Einst traf ich Maria an einer kleinen Kirche. Dort lammele sie mit ihren weißen Händen Blumen auf, die einem weinenden Kinde entfallen waren. Neben ihr hand ein schwarzes Höschen an dem still der leblose Körper des Erlösers hing."

"Ich jed gütig, Marie," sprach ich und hoff, die Blumen mit aufheben."

"Weshalb laßt Ihr das?" Ihre dunklen Augen waren wie ein Nachtigall. "Ja, ich weiß, Güte ist so selten, daß sie bewundert wird, wenn sie irgenwo erscheint. Das ist io traurig."

"Ich laß in des Kindes Augen, in denen die letzten Tränen verglännten. Und ich lächelte, wie

das kleine Menschenkind sich unter Marias Händen geborgen fühlte."

Marias Augen aber begannen zu leuchten, als in das kleine Menschenkind ein wenig Leben trat."

"Ich meine Maria, Ihr ich aber, seit Euch das Leben io vieles nahm. Aber Ihr seit unendlich reich, denn Ihr habt ein Herz, das die Menschen lieben kann, wenn sie Leid haben. Eure Güte ist ein Schatz, der Euch das Leben erkauft."

Da laß Maria mich an und mir war es, als neige ich vor mir ein großes dunkelblaues Blumenmeer."

"A Güte ist mein Schatz und große Menschenaugen sind mein Dank."

Und während sie mir ihre Hand reichte, durchleuchtete die Sonne die grünen Büsche an der grauen Kirchemwand und begann die Orgel drinnen leise zu tönen."

Denn ein Licht war in die Kirche."

Ich wußte ja, daß sie heilig ist, und deshalb möchte ich, daß die lauten Gespräche der Menschen verstümmen, wenn sie tonnt."

### Julius Köstlin.

Zum 100jährigen Geburtstag von Julius Köstlin, dem bekannten Lutherforscher, Prof. der Theologie an unserer Universität, und über die liberalen, geboren am 17. Mai 1833 in Stuttgart, als Sohn des Obermedizinalrats Köstlin, Professor in Stuttgart, Breslau und Halle, gestorben am 12. Mai 1902, hiermit; freudig in dankbarer Liebe und Verehrung ein alter Schüler.

Der alte Köstlin, io hoch er bei uns Studenten, eines anderen Gedankens nicht, denn er war aus der Angreifig tollender wissenschaftlicher Sachlichkeit und des gründlichsten theologischen Wissens. Seine Kolleges kamen den jungen Studenten oft etwas langweilig vor, waren aber in der Tat tüchtig gebildet, wegen ihrer Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit. Als ehemaliger müllerbeförderter Schüler und Repräsentant am Tübinger Stift war er ein Gelehrter, an dessen Anteil man sich unbedingt ver-

lassen durfte. Trotz allen hartgeanteten Gegenüberstehens, Kritiken und Abwiegens kam er doch zu sehr bestimmten, klaren Ergebnissen.

In seiner theologischen Forderung lag etwas Unvergleichliches. Der neuwissenschaftliche Theologie und theologische Sozialarbeit war der beste Kenner. Seine Forderungen aber auch der praktische Beobachter christlichen Lebens in der igitantischen Kirche und der bedeutendste Aufrechter seiner Zeit. So gründlich sein Wissen war, so klare Kenntnisse und Ansichten verlangte er von seinen Zuhörern im Seminar wie auch von den Kandidaten im Examen. Im Gesamturteil war er aber milde, io sehr er auch die Schwächen und Blüten theologischen Wissens aufzudecken instand war. Seine Bücher waren sehr anregend, sein "Glaube und seine Ethik" grundlegend und seine Forschungen in den "Studien und Kritiken" die theologische Wissenschaft von großem Wert. Ich verbande ihm viel und habe erst bei späteren eigenen theologischen Arbeiten und Studien seine klaren Grundlagen, auf denen man mit dem größten Vertrauen aufbauen konnte, schätzen gelernt.

Hervorragendes hat er auch für die Landeskirche durch seine Wirksamkeit und seinen Einfluß in allen sondbalen Körperlichkeiten bis hinein in den General synodalvorstand geleistet. Was er im besonderen seiner Heimatgemeinde als Kirchenältester durch Wort, Rat und Tat erwirkt hat, bleibt unvergessen. So lebt sein Bild noch in vieler Herzen, sein geliebtes Wirken in seinen Werken fort.

Was vergangen, kehrt nicht wieder. Aber ging es leuchtend nieder, leuchtet's lange noch zurück."

Schwedische Ordensauszeichnung für Richard Tauber. Dem bekannten Kammeränger Richard Tauber, der gegenwärtig am italienischen Opernhaus in Mailand auftritt, ist vom Kaiser von Schweden die Ritterkreuz erster Klasse des Wasarordens verliehen worden.